

"Das ist nichts für Warmduscher"

Uwe Brandl: "Das Denken in kommunalen Grenzen passt nicht mehr in die Landschaft"

"Zu siebzig Prozent haben wir mentale Probleme, die das Nachdenken über die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit erschweren." Nach wie vor herrscht bei Bürgermeistern und Räten die Neigung, in kommunalen Grenzen zu denken, beobachtet der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Bürgermeister Uwe Brandl (CSU). Diese Haltung liegt nicht zuletzt im Stolz der Bürger begründet: "Jeder will alles komplett in seiner Gemeinde haben": Kindergarten, Schule, Volkshochschule, Bauhof, Feuerwehrhaus.

"Jeder glaubt, das alles als Standort-Faktor dringend brauchen zu müssen." Egal, ob Bürgermeister, Stadtrat oder Bürger: Welcher Ort gibt schon gerne eine gewohnte Einrichtung ab? Wer schließt schon freiwillig ein Schwimmbad, nur weil das Bad im Nachbarort schöner ist? Wer lässt schon gerne zu, dass ein gemeinsames Gewerbegebiet nicht in den eigenen Grenzen entsteht, sondern in der Nachbargemeinde? "Bürgermeister und Gemeinderäte müssen bestimmte Denkblockaden überwinden", mahnt Brandl im Gespräch mit der Bayerischen Staatszeitung: "Das Denken in kommunalen Grenzen passt nicht mehr in die Landschaft. Die Bürgermeister müssen selbstkritisch diskutieren."

Von Ausnahmen abgesehen, war bislang das Interesse an der Bündelung von Aufgaben über kommunale Grenzen hinweg relativ gering: "Eine pragmatische Herangehensweise haben wir nicht gelernt," stellt Brandl selbstkritisch fest. Um ein Umdenken in Gang zu setzen, will der Bayerische Gemeindetag auf positive Beispiele hinweisen und die Scheu vor interkommunaler Zusammenarbeit abbauen: Am 21. Oktober befasst sich die Landesversammlung in Nördlingen mit Überlegungen zur verstärkten Kooperation zwischen Kommunen.

"Das wird ein schwieriger Weg sein, der Jahre dauern wird", prognostiziert Brandl. Nicht zuletzt der Abbau von "Neidhammel-Effekten" nehme Zeit in Anspruch. "Man muss mit kleinen Schritten beginnen und sollte zunächst keine illusorischen Hoffnungen entwickeln", warnt Brandl vor übertriebenen Erwartungen. Als guter Einstieg habe sich beim Fremdenverkehr die Zusammenarbeit bereits in vielen Gemeinden bewährt: "Im Tourismus liegt auf der Hand, dass eigenbrötlerisches Hinwerkeln nicht weiterführt." Der Sinn eines gemeinsamen Werbeauftritts mit einheitlichen Prospekten erschließt sich selbst dem hartnäckigsten Kirchturmdenker. Und: Bei gemeinsamen Loipen über kommunale Grenzen, beim Stricken am Wanderwegenetz und beim Verknüpfen von Radwegen können Pragmatiker relativ schnell Erfolge verbuchen.

Ein weiterer Ansatzpunkt für zupackende Praktiker liegt in der Zusammenarbeit von Bauhöfen: Brandl nennt teure Spezialgeräte als Beispiel, wie etwa ein Hochleistungshäcksler, der nur an drei Wochen im Jahr dringend gebraucht wird, lassen sich von mehreren Bauhöfen nutzen.

Warum sollte nicht zwischen Gemeinden funktionieren, was Landwirte im Maschinenring schon lange praktizieren?

Weitere Maßnahmen zur Zusammenarbeit eröffnen sich beim Betrieb von Kläranlagen und Wasserwerken: "Ohne die Eigenständigkeit aufzugeben", so Brandl, "könnten kommunale Betreiber ihre Anlagen effizienter und kostengünstiger unterhalten, wenn sie sich zusammentun." Dies sei notwendig, um sich rechtzeitig für den Wettbewerb zu rüsten.

Allerdings bedeutet dies auch Einschränkungen beim Personal oder bei den Zulagen für die Rufbereitschaft: Dies könne bei der Belegschaft für Frustration sorgen, warnte Brandl. Allerdings bleibe den kommunalen Arbeitgebern nichts anderes übrig, als sich auf neue Rahmenbedingungen einzulassen:

"Wir haben Fesseln, die wir sprengen müssen." Denn ansonsten könnte mittelfristig die Konkurrenz von Privaten dafür sorgen, dass kommunale Betriebe in ihrer Existenz gefährdet werden.

Der Weg zur kommunalen Zusammenarbeit, sei es bei Gewerbegebieten, bei Feuerwehren, bei Kinderkrippen oder bei der gemeinsamen Ausbildung von Personal, ist kein bequemer Weg, gibt Brandl zu bedenken. Sachzwänge diktieren den Weg: "An kommunalen Kooperationen führt nichts vorbei." Falls sich die Gemeinden nicht bewegen, könnte am Ende des Horizonts bereits die Gefahr einer Gebietsreform anbrechen; sie könnte nach Brandls Einschätzung im Gewand einer "Funktionalreform" für Kommunen daherkommen. Falls die Kommunen sich nicht selbst reformieren, drohe, dass sie vom Freistaat reformiert werden: "Wir müssen den nötigen Schritt voraus sein", mahnt Brandl: "Wer vorausgeht, hat die größten Überlebenschancen. Wir wollen die Reformentwicklung vorwegnehmen und dem Staat zeigen, dass wir es selbst können."

Die Veranstaltung des Gemeindetags in Nördlingen will Beispiele der Kooperation zeigen und den Bürgermeistern Anregungen geben: "Man kann vom anderen abschauen, aber letztlich muss jeder seinen eigenen Weg finden." Mühe wird dabei nicht nur die Arbeit bereiten, wenn sich Bürgermeister und Gemeinderäte zusammenraufen müssen, auch die Bürger sind zu überzeugen: "Wir dürfen bei Reformen nicht immer nur auf Bund und Land deuten, das geht auch auf kommunaler Ebene weiter." Das harte Ringen um Kompromisse, "das ist nichts für Warmduscher". Bei Reformen müssten alle ins Boot und jeder müsse Einschränkungen hinnehmen, zum Wohl für das Gemeinwesen: "Ein Staat kann nur so gut sein, wie die Bürger gut sind."

Allerdings hält der Gemeindetag nicht nur kalte Güsse bereit, um Kommunalpolitiker anzuregen; Forderungen richten sich auch an den Staat, die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen: Sofern sich Bürgermeister zusammenraufen, um ein gemeinsames Projekt zu starten, stehen sie oft vor dem Problem, welche Rechtsform sie für die Kooperation wählen. Eine Fülle an rechtlichen Problemen versperrt noch den Weg zur kommunalen Zusammenarbeit. "Auch der Staat muss sich bewegen und den Kommunen einen verlässlichen Rahmen umreißen", fordert Brandl.

In der Praxis einer kommunalen Zusammenarbeit, etwa bei einer Kläranlage, könnte sich zum Beispiel beim Versagen eines Messgerätes das Problem stellen: Wer ist verantwortlich, falls etwas schief läuft? Wer trägt die Haftung bei der schlechten Wartung von Geräten? Brandl fordert: "Wir müssen runter von unserem Haftungswahn. Es traut sich doch kein Mitarbeiter mehr, etwas auf seine Kappe zu nehmen. Die Leute haben mehr Schiss als Vaterlandsliebe." In allen Lebensbereichen, egal ob bei Bürgern oder Mitarbeitern in kommunalen Verwaltungen, müssten die Beteiligten wieder mehr Verantwortung übernehmen. "Wir brauchen wieder mehr Mut für Experimente."

Dr. Achim Sing
Bayerische Staatszeitung
Herzog-Rudolf-Straße 1
80539 München

Tel. 089 / 29 01 42 14